

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Bundesrat als Wahlhelfer der Bewegungsparteien

In unserer politischen Landschaft spielen die Abstimmungen eine grosse Rolle. Schon seit langem hat sich dabei die Regelung eingespielt, dass dafür grundsätzlich vier Termine pro Jahr zur Verfügung stehen. Die genaue Fixierung ist Sache des Bundesrates, ebenso wie die Verteilung der abstimmungsreifen Vorlagen auf die einzelnen Daten. Es ist dabei ihm überlassen, ob er vor dem Entscheid die Parteien und Kantone konsultieren will; doch hat sich die Praxis entsprechender Vororientierungen längst eingebürgert.

Dies zeigt sich zum Beispiel darin, dass die Landesregierung dem Wunsche der Parteien Rechnung trägt, in eidgenössischen Wahljahren den Abstimmungskalender zu entlasten. So wurde bisher zum vorneherein auf den Septembertermin verzichtet, während der vierte Abstimmungssonntag nicht mit politischen Schwergewichten befrachtet wurde — ganz einfach aus der Überlegung heraus, dass Abstimmungen im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen zu sehr von parteipolitischen Taktiken überschattet würden und dass der politische Apparat nach geschlagener Schlacht nicht sofort wieder auf Hochtouren gebracht werden könnte. 1987 wird das «Vorfeld» des Wahltags nach Meinung des Bundesrates offenbar noch länger: Er hat beschlossen, erstmals zusätzlich auch auf den Abstimmungstermin im Juni zu verzichten, um Abstimmungskampagnen und Wahlvorbereitungen noch besser auseinanderzuhalten.

Doch was auf Bundesebene als richtig erscheint, hat auf kantonaler Ebene offensichtlich keine Gültigkeit. Wie sonst wäre die Landesregierung dazugekommen, den ersten Abstimmungstermin, der bisher immer auf Ende Februar oder Anfang März gefallen ist, 1987 auf den 5. April anzusetzen, das heisst auf den Tag, an dem im Kanton Zürich die Regierungs- und Parlamentswahlen stattfinden? Diese sind durch Gesetz auf den April fixiert, wobei diesmal wegen der Osterfeiertage praktisch nur der erste Sonntag im Monat zur Verfügung steht. Auch eine Demarche der Zürcher Regierung nützte da nichts mehr, und dies, obwohl dem Bundesrat zum Zeitpunkt seines Entscheides bereits klar sein musste, dass es aller Voraussicht nach zu einem äusserst nahrhaften Abstimmungsprogramm kommen dürfte: Asylgesetz, Rothenturm-Initiative, Rüstungsreferendum sowie Kündigungsschutz — das sind die Geschäfte, die in Frage kommen.

Im Klartext heisst dies, dass sich der Zürcher Wahlkampf auf dem Hintergrund von eidgenössischen Abstimmungsvorlagen abwickeln wird, die allesamt ausgesprochen polarisierend wirken und zweifellos auch Gelegenheitwähler mobilisieren werden, die vor allem zu den «Bewegungsparteien» tendieren. Natürlich gehört es nun einmal zum Wesen der Politik, dass man sich das klimatische Umfeld für Wahlen nicht aussuchen kann. Das heisst aber noch lange nicht, dass dieses Um-

feld von «höherer Stelle» noch vorsätzlich verschlechtert werden soll. Hier liegt — gelinde ausgedrückt — eine grobe politische Fahrlässigkeit der Landesregierung vor, für die es kaum eine wirklich stichhaltige Rechtfertigung geben dürfte.

Auszubaden haben es die Parteien eines Kantons, in dem das Politisieren angesichts der grossen Bevölkerungszahl und der gravierenden Agglomera-

tionsprobleme ohnehin zu einem besonders schwierigen Geschäft geworden ist. Die Leidtragenden sind aber vor allem auch die Zürcher Stimmbürger, denen der «Durchblick» am 5. April nicht noch durch die Überlagerung von grundsätzlich verschiedenen Abläufen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung willkürlich hätte erschwert werden sollen.

Richard Reich

Bemerkungen zu Chinas ordnungspolitischen Kapriolen

Wer sich der Mühe unterzieht, die Reformpolitik Chinas vor Ort zu studieren und zu ergründen, wird von den vielfältigsten, oft auch widersprüchlichen Eindrücken bedrängt. In *einem* Punkt allerdings gibt es wohl keine Zweifel, nämlich in der Dynamik des Reformeifers und in der Bereitschaft, Probleme zur Diskussion zu stellen, die bisher im sozialistischen Raume tabu waren. In dieser Beziehung hat in China tatsächlich eine Öffnung stattgefunden, die in der Nachkriegsgeschichte des Sozialismus marxistischer Prägung ohne Beispiel ist.

Es wäre gewiss zuviel gesagt, wenn die Behauptung gewagt würde, in China herrsche momentan eine Atmosphäre der völlig offenen Diskussion. Totalitäre Systeme glauben stets, darauf angewiesen zu sein, die Meinungsfreiheit, soweit dies möglich ist, unter Kontrolle halten zu müssen. Und auch in China können die Medien selbstverständlich nicht über den Schatten des grundsätzlichen Bekenntnisses zum Regime springen. Die journalistische Freiheit bewegt sich innerhalb der offiziell zugelassenen Margen. Trotzdem:

diese Marge ist in einzelnen Themenbereichen, vor allem natürlich solcher, die die Reformpolitik betreffen, relativ *weit definiert*, bemerkenswert weiter jedenfalls als in andern sozialistischen Staaten.

Wenn in dieser Beziehung etwa die *Sowjetunion* als Massstab gewählt wird, so müsste im Falle Chinas von einer geradezu «revolutionären» Missachtung bisher geheiligter Verhaltensprinzipien gesprochen werden. Auf der einen Seite ängstliche Zurückhaltung, Verkalkungserscheinungen, Beschränkung der «Narrenfreiheit» auf die Grenzen des Bestehenden, Furcht vor neuen Gedanken, reformpolitisches Treten an Ort; auf der andern Seite der Wille, die identifizierten Ordnungsmängel zu überprüfen, aus orthodox-marxistischen Denkkategorien auszubrechen, das Wertsystem zwar nicht über Bord zu werfen, aber es doch im Lichte der Erfahrungen — und diese sind nicht gut — zu überdenken, frischen Wind zuzulassen. Das pointierte Wort, dass die Farbe einer Katze gleichgültig sei, solange sie Mäuse jage, wird Deng zugeschrieben. Und er scheint weitgehend

auch nach dieser Devise zu handeln. Beobachter aus der freien Welt überfällt bei der Abschätzung der sowjetischen Reformszene müde Resignation. Die Hoffnungen, die Gorbatschew ehemals geweckt hatte, sind erloschen. Ganz anders im Reich der Mitte. Das Klima ist moussierend; es ist «etwas» in Bewegung gekommen. Marx soll, soweit er seine Position zu behaupten vermag, ein neues, ein chinesisches Antlitz erhalten. Der bärtige Philosoph aus Trier, den nur wenige Chinesen wirklich gelesen haben, ist nicht mehr sakrosankt.

Dies alles heisst selbstverständlich nicht, dass China den Sozialismus schliesslich völlig auf den Kopf stellen wird. Die Zukunft ist auch in China durchaus offen, obwohl die chinesischen Reformexperten an die Irreversibilität des nun eingeschlagenen Kurses «felsenfest» glauben. Aber es heisst, dass ein sozialistisches Land, und nicht das bedeutungsloseste, einen *Solotanz* aufführt, der die eingeübten Figuren des sozialistischen Einheitsballetts empfindlich zu stören droht. Bisher

hatte es noch niemand gewagt, Marx selbst zur Disposition zu stellen, also in aller Unverfrorenheit die Frage zu stellen, ob seine Thesen so wie sie bisher verstanden wurden, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch tauglich sind. China begibt sich erstmals aufs Glatteis der *Wertekritik*. Und dies eben in der Erkenntnis, dass sich eine Reform, die diesen Namen verdient, nicht um die Frage herumdrücken kann, wie es denn nun eigentlich mit der Verträglichkeit der alten marxistischen Werte und einer auf höhere Effizienz getrimmten Wirtschaftsordnung bestellt sein könnte. Nur wer dieser Frage nicht ausweicht, hat eine Chance, den Menschen, die das Vergnügen haben, im real existierenden Sozialismus leben zu müssen, einen höheren Lebensstandard nicht nur zu versprechen, sondern dieses Versprechen auch zu erfüllen. Darin vor allem ist der New-Look der chinesischen Reformpolitik zu erkennen. Wird er von Dauer sein? Darüber ist das letzte Wort natürlich noch nicht gesprochen.

Willy Linder

Entdramatisierungen

Ist Konkordanz die Welle der Zukunft? Für das gemeinsame Regieren von Parteien oder anderen Instanzen, die normalerweise in Konkurrenz um die Macht und im Gegensatz der Programme stehen, könnte man meinen, dass die Schweiz als Modell diene, doch wird dieses Modell nie genannt, und es darf angenommen werden, dass andere Völker ihre «Zauberformel» selber erfunden haben, als sich zeigte, dass es keinen sonstigen Weg gab.

Israel

Das gemeinsame Regieren der beiden antagonistischen Parteien Israels, Labour und Likud — die kleineren Parteien können da beiseite gelassen werden — begann unter ungünstigen Auspizien und hat sich bisher bewährt. Die galoppierende Inflation mit täglich wechselnden Kursen wurde gebändigt, fast eliminiert, der Rückzug aus dem Libanon wurde vollzogen, der letzte

formelle Stolperstein in der Beziehung zu Ägypten wird offenbar beseitigt, die beiden Politiker der Arbeiterpartei Peres und Rabin haben einander — wenigstens öffentlich — nicht mehr wie bisher angegriffen, während der Kampf um die Führung in Likud heftiger wurde, Schamirs Aussichten geringer, und entsprechend kein Interesse Likuds an der Abkürzung der bald zu Ende gehenden Premierministerschaft von Peres bestand. Die turnusmässige Ablösung zu im voraus bestimmten Datum schien sonderbar, doch siehe da: die italienische Krise wurde durch die Zustimmung zu einem entsprechend terminierten Wechsel in der Ministerpräsidentschaft beigelegt. Sonderfälle werden zu Normen, ungewohnte Arrangements machen Schule.

Frankreich

Der Kohabitation in Frankreich zwischen einem sozialistischen Präsidenten und einer bürgerlichen Regierung wurde von erfahrenen Beobachtern eine sehr kurze Dauer — etwa von Wochen — vorausgesagt; sie hat bereits ein Viertel der dafür gesetzten zwei Jahre bis zur Präsidentenwahl hinter sich, nicht ohne Krisen und Konflikte, wohl aber ohne tiefgreifende Erschütterungen. Sie sagt den Wählern zu, die seltenerweise nie die tragende Mitte schaffen, aber das Zusammenwirken der Gegner wünschen und vermutlich denjenigen bestrafen würden, der es als erster kündigte.

Nicht einmal die Betrauung mit der Regierungsbildung des nach den Wahlen repräsentativsten Politikers der stärksten Partei, Jacques Chirac, galt zunächst als selbstverständlich — Simone Veil, Jacques Chaban-Delmas

waren im Gespräch. Eine solche Kohabitation, in welcher Premierminister und Parlamentsmehrheit viel stärker sind als der vom Volk gewählte, mit viel Befugnissen ausgestattete Präsident der Republik sei ein Unding, eine permanente Krise, das war Raymond Barres durchaus vertretbare Meinung, nur hat diese «cohabitation» sich trotzdem eingespielt. Die Frage ist: wie wird sich diese Erfahrung auswirken, wenn der einst wieder Präsident und Parlament Ausdruck der gleichen Mehrheit sind?

Es gibt Konflikte über Entscheidungen wie über Institutionen. Ist der Verfassungsrat, dessen Befugnisse Präsident Giscard d'Estaing erweitert hatte und an dessen Spitze Mitterrands einstiger Justizminister Badinter steht, eine Art Mit- oder Gegenregierung, oder im Begriff, es zu werden? Justizminister Albin Chalandon befürchtet das, der Altgaullist Michel Debré nicht. Chalandons überzeugendste Kritik an der «cohabitation» ist eine andere: Wenn der Präsident, der politisch auf der Gegenseite steht, den Vorsitz des Ministerrats führt, so vermeiden die Minister jede Auseinandersetzung, die er verzeichnen würde; das wirke hemmend, beinahe lähmend auf die Beratungen.

Doch wie immer — es funktioniert. Chirac hat nicht die öffentliche Meinung mobilisiert, als Mitterrand das Privatisierungsdekret nicht unterzeichnete, sondern den vom Präsidenten angegebenen Weg eingeschlagen und nur wenige Wochen verloren. Die sozialistische Regierung hatte schon selber die «Wende» vollzogen und — ohne die Kritik der schrumpfenden kommunistischen Partei zu fürchten — ihrem ursprünglichen Programm den Rücken gekehrt. Die nachfolgende bürgerliche Regierung hat durch die Selbstver-

ständigkeit, mit der sie, oft nach personenbedingten, nicht unbedingt wirtschafts-rationalen Erwägungen, die Leiter der zu privatisierenden Unternehmen ernannte, die Grenzen ihres Liberalismus bewiesen, denn in einem normalen marktwirtschaftlichen Regime vollzieht sich die Selektion der wirtschaftlichen Führungskräfte nach ganz anderen Kriterien.

Immerhin, Israel und Frankreich — in gewissem Mass auch Italien — haben Brücken gebaut, wo mit Vertiefung der Kluften gerechnet werden musste. Der Zwang der Umstände machte die Politiker erfinderisch.

Bonn

Entdramatisierung ist auch in der Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland festzustellen. Während des Kampfes um die Raketenstationierung hielten sich die Demonstrierenden für die Mehrheit, mindestens für die moralische Mehrheit. Parteien ertragen auch Durststrecken, Bewegungen nicht; diese wirkt bereits so historisch wie einst die «Ohne-mich»- und die «Gegen-den-Atom-Tod»-Bewegung.

Helmut Kohl galt nicht nur Franz Joseph Strauss als ein schwacher Kanzler, auch Freunde empfahlen ihm zurückzutreten, doch unter den Sozialdemokraten findet eine weit wirkungsvollere Demolierung des eigenen Anwärters, des Spitzenkandidaten Rau, statt. Diese Partei hat auf Bundesebene keine Verbündeten und kann allein keine Mehrheit erringen. Bundeskanzler Kohl wirkt heute stärker als bisher. Man darf sich an den Ausspruch des italienischen Aussenministers und mutmasslichen nächsten Premiers Giulio Andreotti erinnern: «Die Macht verbraucht — vor allem jene, die sie nicht haben.»

Diese neue «langweilige» Normalität muss nicht dauern; die Tragfähigkeit von Zauberformeln soll nicht überschätzt werden. Vergleichen wir aber die pessimistischen Prognosen auch Erfahrener mit den Entwicklungen! Es gibt Konflikte, die sich totlaufen, statt ständig ausgetragen zu werden. Auch in der Zeit der einen politischen Zirkus brauchenden Medien kann sich Normalität bewähren oder auf neuen Wegen durchsetzen. Das macht keine Schlagzeilen; es ist die Überraschung, die auf leisen Sohlen kommt.

François Bondy

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



Bauer Kaba AG
Postfach
CH-8620 Wetzikon 1
Telefon 01/9316111
Telex 875481

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugterherstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.